

Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
pd@sk.so.ch
parlament.so.ch

Kleine Anfrage Manuela Misteli (FDP, Biberist): «Kalkulierte Brände?» – Sicherheit und Verantwortung beim Batterierecycling in Biberist

Am 31. März 2026 kam es zu einem Brand bei der Firma Librec AG in Biberist. Der Brand bei der Librec AG in Biberist hat gezeigt, dass der Umgang mit Lithium-Ionen-Batterien erhebliche Sicherheits- und Umweltrisiken mit sich bringen kann. Besonders bemerkenswert ist dabei, dass Batteriebrände gemäss Unternehmensleitung als branchenbekanntes Risiko gelten.

Bereits im Vorfeld der Ansiedlung der Firma wurden durch die FDP-Gemeinderatsfraktion Biberist Fragen zu Brandrisiken, Gewässerschutz sowie möglichen Auswirkungen auf Bevölkerung und Umfeld aufgeworfen. Diese Bedenken wurden damals von der Ratsmehrheit als unbegründet beurteilt. Der eingetretene Vorfall zeigt jedoch, dass die angesprochenen Risiken nicht rein theoretischer Natur waren und eine sachliche Neubewertung verdienen.

Auch wenn es sich beim Batterierecycling um eine wirtschaftlich und gesellschaftlich erwünschte Zukunftstechnologie handelt, müssen Bewilligungen, Sicherheitskonzepte, Aufsicht und Haftungsfragen denselben strengen Massstäben genügen wie in anderen risikobehafteten Industriebereichen. Innovative Technologien dürfen nicht zu regulatorischen Sonderbehandlungen führen, wenn erhebliche Risiken für Bevölkerung, Umwelt und Einsatzkräfte bestehen.

Vor diesem Hintergrund erscheint eine Überprüfung der bestehenden Sicherheitsvorgaben, Präventionsmassnahmen, Kontrollmechanismen sowie der Verantwortlichkeiten und Kostenfolgen angezeigt. Dabei stellt sich insbesondere auch die Frage, ob bei bekannten Branchenrisiken das Verursacherprinzip und die Verantwortung der Betreiber ausreichend konsequent sichergestellt sind.

In diesem Zusammenhang wird der Regierungsrat gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Welche Ursachen haben zu diesem Brandereignis geführt und welche Lehren wurden daraus gezogen?
2. Welche Auswirkungen hatte dieses Ereignis auf die Gesundheit der Bevölkerung, die Gewässer, die Luftqualität und den Boden?
3. Sind die bestehenden Sicherheitsvorgaben, Bewilligungsaufgaben und Schutzkonzepte ausreichend oder besteht Anpassungsbedarf?
4. Welche Monitoring-, Frühwarn- und Präventionsmassnahmen sind in Zukunft vorgesehen?
5. Können solche Brände in Zukunft gänzlich verhindert werden oder muss mit weiteren Brandereignissen gerechnet werden?
6. Falls mit weiteren Bränden gerechnet werden muss: Erachtet der Regierungsrat die damit verbundenen Risiken für Bevölkerung und Umwelt als zumutbar?
7. Wie ist die Kostenübernahme für Feuerwehreinsätze bei bekannten Risiken im Umgang mit Lithium-Ionen-Batterien sowie die Verantwortung der Betreiber für Prävention und Risikominimierung geregelt?

Begründung: Im Vorstosstext enthalten

Unterschriften: Misteli Manuela, Weisskopf Sabrina